

BERND FAULENBACH (BOCHUM)

Zur Rolle von Totalitarismus- und Sozialfaschismus-»Theorien« im Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten in der Weimarer Republik

Totalitarismus-Theorie und Sozialfaschismus-These sind aus heutiger Sicht alles andere als gleichgewichtig. Seit der Epochenwende 1989/91 spielt die Totalitarismus-Theorie erneut eine erhebliche Rolle in der internationalen wissenschaftlichen Diskussion. Seit den Fünfzigerjahren war sie als Theorie, die bestimmte Erscheinungsformen von Herrschaftssystemen im 20. Jahrhundert unter einem Grundtypus zusammenzufassen suchte, einflussreich, auch wenn sich seit den Sechzigerjahren im wissenschaftlichen Raum Stimmen erhoben, die mit guten Argumenten die Grenzen und Unzulänglichkeiten dieser Theorie betonten.¹ Demgegenüber ist die Sozialfaschismus-These,² die von kommunistischer Seite in den Zwanzigerjahren entwickelt und eine Zeitlang agitatorisch vertreten wurde, nur noch historisch interessant. Es geht hier um die wechselseitigen Wahrnehmungen von deutschen Sozialdemokraten und sowjetorientierten Kommunisten, wobei auch die Rolle der Menschewiki anzusprechen ist.

Die Begriffe Totalitarismus- und Sozialfaschismus-»Theorie« sollen dabei recht weit gefasst werden. Unter Totalitarismus-»Theorien« werden hier bezogen auf die Zwanziger- und frühen Dreißigerjahre Einschätzungen verstanden, die die kommunistisch-bolschewistischen und die faschistischen Politik-Konzepte oder auch die politische Praxis eng aneinander rücken oder die von einer Zusammenarbeit oder auch einem Zusammenwirken von kommunistisch-bolschewistischer und faschistischer bzw. nationalsozialistischer Politik ausgehen. »Theorien« dieser Art sind von Sozialdemokraten ansatzweise entwickelt worden, das heißt es sind Gedanken formuliert worden, die man als Frühformen der Totalitarismus-Theorien betrachten kann.

¹ Zur Geschichte der Totalitarismus-Theorie und zur öffentlichen Diskussion vgl. Wippermann, Wolfgang: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997; Jesse, Eckhard (Hrsg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996; Söllner, Alfons/Walkenhaus, Rolf/Wieland, Karin (Hrsg.): Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1997; Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.): Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gestalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung, Dresden 1989.

² Zur Sozialfaschismusthese siehe Weber, Hermann: »Hauptfeind Sozialdemokratie«: Zur Politik der deutschen Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten zwischen 1930 und 1950, in: Eckert, Rainer/Faulenbach, Bernd: Halbherziger Revisionismus. Zum postkommunistischen Geschichtsbild, München 1996, S. 25–46.

Unter Sozialfaschismus-»Theorie« werden hier Vorstellungen von kommunistischer Seite gefasst, die auf dem Hintergrund der Krise des Kapitalismus die Sozialdemokratie dem Faschismus, der aus kommunistischer Sicht die offene Diktatur des Kapitals zum Ziel hat, zuordneten. Die Sozialdemokratie wird dabei als die eigentliche Stütze des bürgerlich-kapitalistischen Systems bezeichnet, gegen die der Hauptstoß des kommunistischen Proletariats zu richten sei.

Keine Frage, dass die Sozialfaschismus-»Theorie« aus heutiger Sicht auch in der damaligen Zeit ganz abwegig war und selbst von kommunistischer Seite vor 1989 als ein Fehler anerkannt worden ist.³ Ungeachtet dieser Einschätzung ist hier die historische Bedeutung dieser Theorie zu erörtern. Generell geht es eben auch um den Realismus sozialdemokratischer und kommunistischer Konzepte und Strategien angesichts des Aufstiegs faschistischer Bewegungen und der Etablierung faschistischer Systeme.

Die hier angesprochene Auseinandersetzung verlief auf verschiedenen interdependenten Ebenen und wurde von diversen Faktoren beeinflusst. Zunächst einmal handelte es sich um eine Auseinandersetzung zwischen SPD und KPD, dann um eine zwischen Sozialistischer Arbeiterinternationale (SAI) und Kommunistischer Internationale (Komintern), angesichts des besonderen Verhältnisses von KPD und Moskau auch um eine zwischen Sozialdemokratie und Bolschewismus. Dabei wurde die Auseinandersetzung der großen Richtungen der Arbeiterbewegung beeinflusst durch außenpolitische Erwägungen, die die Auseinandersetzung gleichsam überlagerten.⁴ Schließlich sollte nicht vergessen werden, dass die Sozialdemokratie sich gleichzeitig mit anderen politischen Kräften, insbesondere der bürgerlichen Rechten und der nationalsozialistischen Bewegung, auseinanderzusetzen hatte und für die russische bolschewistische Partei die Fraktionsauseinandersetzungen in der Nach-Lenin Zeit dominierten und im übrigen für Moskau auch das Exil eine Rolle spielte. Bedeutsam ist in diesem Kontext, dass in den Zwanzigerjahren die Menschewiki sich am Sitz der stärksten Partei der zweiten Internationale, bei der deutschen Sozialdemokratie, vorrangig in Berlin, niederließen.⁵ Eine Reihe führender Menschewiki sind in diesem Zusammenhang zu nen-

³ Siehe Kinner, Klaus: Imperialismustheorie und Faschismusanalyse in KPD und Komintern, in: Grebing, Helga/Kinner, Klaus (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismusinterpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung, Essen 1990, S. 59–77, insbes. S. 63 f.

⁴ Vgl. Feucht, Stefan: Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), Frankfurt a. M./Berlin 1998; Krüger, Peter: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985; Zarusky, Jürgen: Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeption 1917–1933, München 1992, S. 13 (graphische Darstellung des Beziehungsgeflechts).

⁵ Siehe Schlögel, Karl: Berlin Ostbahnhof Europas. Russen und Deutsche in ihrem Jahrhundert, Berlin 1998, S. 80–90; Leopold Haimson (Hrsg.): The Mensheviks from the Revolution of 1917 to the Second World War, Chicago 1974.

nen: Julius Martow, Eva Brodjo, David Dalin, Raphael Abramowitsch, Fjodor Dan und Boris Nikolajewsky. Sie bildeten für die Zeit bis 1933 eine Art »brain-trust« für die entschieden antibolschewistische Russlandpolitik der deutschen Sozialdemokratie. Sie gaben eigene Zeitungen wie die *Mitteilungen der russischen Sozialdemokratie* heraus. Menschewistische Autoren wie Georg Decker oder Alexander Schifrin spielten im Übrigen eine erhebliche Rolle in den innersozialdemokratischen Diskursen, etwa über den Nationalsozialismus und über die Frage, wie man diesen bekämpfen sollte.⁶ Die Menschewiki waren dabei politisch keineswegs homogen, ihnen war jedoch ein spezifisches Interesse für die russische Entwicklung gemeinsam.

Das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten ist kompliziert und wurde zudem durch ereignisgeschichtliche Prozesse mitbestimmt. Selbstverständlich können hier nicht alle Ebenen angesprochen werden. Unser Hauptinteresse gilt dem Verhältnis von deutscher Sozialdemokratie und der in enger Beziehung zur bolschewistischen Führung in Moskau stehenden KPD.

Sozialdemokratische Einschätzungen der Entwicklung des Bolschewismus

Hier ist nicht die von Uli Schöler und anderen untersuchte Beurteilung der Oktoberrevolution und der Entwicklung in Russland durch die Mehrheitssozialdemokraten und durch die Unabhängigen Sozialdemokraten in Deutschland nachzuzeichnen.⁷ Dass die führenden Mehrheitssozialdemokraten die Entwicklung schon sehr bald kritisch sahen, manche Unabhängige jedoch Hoffnungen in das russische Experiment – trotz bald unübersehbarer Schattenseiten – setzten, ist nicht näher zu erläutern. Je unbefriedigender die deutsche Entwicklung umso attraktiver erschien für manche der russische Weg. Keine Frage, dass die russische Entwicklung zu einem der Katalysatoren für den Gegensatz von Sozialdemokraten und Kommunisten wurde.

Bedeutsam für die Herausbildung einer sehr ablehnenden Haltung, die Bolschewismus und Faschismus aneinanderrückte, war die Eroberung Georgiens durch bolschewistische Truppen. Der Überfall eines kommunistisch regierten Landes auf ein Land mit einer sozialdemokratischen Regierung, die auf der Basis

⁶ Siehe Decker, Georg: Das unbekannte Volk, in: *Die Gesellschaft* 7 (1930), H. 10, S. 288–303; Schifrin, Alexander: Parteiprobleme nach den Wahlen, in: *Die Gesellschaft* 7 (1930), H. 11, S. 395–412. Beide Texte wieder abgedruckt bei Luthardt, Wolfgang (Hrsg.): *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927–1933*, Frankfurt a. M. 1978, Bd. 4, S. 289–292 u. S. 294–309.

⁷ Schöler, Uli: »Despotischer Sozialismus« oder »Staatssklaverei«?, Münster 1990; Lösche, Peter: *Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903–1920*, Berlin 1967; Zarusky: *Die deutschen Sozialdemokraten* (Anm. 4).

einer parlamentarischen Demokratie gebildet worden war, musste die Sozialdemokratie (wie auch links-sozialdemokratische Richtungen) tangieren.

Der Görlitzer SPD-Parteitag (18. bis 24. September 1921) verurteilte »auf das allerschärfste den brutalen Überfall Sowjetrusslands auf die demokratische Republik Georgiens und ihre Vergewaltigung.«⁸ Seit dem Einmarsch in Georgien wurde – wie Zarusky feststellt⁹ – der Vorwurf des Imperialismus, der bereits mit dem polnisch-sowjetischen Krieg aufgetaucht war, zu einem Topos der sozialdemokratischen Bolschewismus-Kritik. Karl Kautsky etwa sah einen neuen Imperialismus entstehen und bemühte die Bonapartismus-Theorie zur Erklärung der russischen Entwicklung und der bolschewistischen Strukturen.¹⁰

Was die deutschen Verhältnisse angeht, so kritisierte die Sozialdemokratie früh, dass die KPD mit ihrer Politik dem Rechtsradikalismus nütze, ja mit ihm Hand in Hand vorgehe. So attackierte etwa der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels 1924 auf dem Parteitag in Berlin das Zusammenspiel von KPD und Rechtsradikalismus. Die Kommunisten trieben das kleine und mittlere Bürgertum und die politisch ungeschulten Arbeiter in die Hände der Reaktion; umgekehrt fördere die Reaktion den Kommunismus: »Das sind die ineinandergreifenden Glieder einer Kette, an denen sich Deutschland wund reibt, und die es schließlich erdrosseln müssen.«¹¹ Gemeinsames Ziel sei die Zerstörung der Republik. Diese Denkfigur, bei der die Begriffe Reaktion, Faschismus und NSDAP ausgetauscht wurden, findet sich vielfach bei Sozialdemokraten.

Dabei wurde die Gefahr durch den Faschismus in der deutschen Sozialdemokratie schon in der Zeit 1922 bis 1924 durchaus ernst genommen. Ein Beispiel dafür ist Paul Kampffmeyer, der bereits 1923 ein kleines Buch über den Faschismus in Deutschland publiziert hat, in dem er vor der faschistischen Gefahr in Deutschland sprach.¹² Er führte aus, dass die Nationalsozialisten als deutsche Fa-

⁸ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Görlitz vom 18. bis 24. September 1921, Berlin 1921, S. 391.

⁹ Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten (Anm. 4.), S. 139.

¹⁰ Siehe Kautsky, Karl: Georgien: Eine sozialdemokratische Bauernrepublik, Wien 1921, S. 68.

¹¹ Sozialdemokratischer Parteitag 1924. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1924.

¹² Kampffmeyer, Paul: Der Faschismus in Deutschland, Berlin 1923 – Zur Haltung der Sozialdemokratie gegenüber Faschismus und Nationalsozialismus vgl. außerdem Winkler, Heinrich August: Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Bd. 3: Der Weg in die Katastrophe 1930 bis 1933 (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 11), Berlin/Bonn 1987; Grebing, Helga: Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in: Luthardt: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung (Anm. 6), Bd. 2, S. 259–379; Pyta, Wolfgang: Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989; Faulenbach, Bernd: Die Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Nationalsozialismus, in: Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt

schisten zu betrachten seien, dass es besondere regionale Schwerpunkte des Faschismus gebe, der die demokratische Freiheit ausschalten und eine diktatorische Herrschaft in Deutschland errichten wolle, die bewusst von bestimmten Kapitalgruppen benutzt werde, um die Arbeiterschaft auszuschalten. Zu erwähnen ist, dass Kampffmeyer entschieden die Taktik der KPD kritisierte, den Antifaschismus lediglich als Vorbereitung eines revolutionären Umsturzes zu sehen. Kampffmeyer forderte demgegenüber einen verfassungstreuen Republikanismus, der ein Voranschreiten in Richtung auf eine sozialistische Gesellschaftsordnung ermöglichen sollte.

Die Tendenz, angesichts der Gegnerschaft gegen Bolschewismus und Faschismus, die wahrlich beide als Feinde der Republik gelten konnten, diese aneinander zu rücken, ist in der Sozialdemokratie schon in den Zwanzigerjahren erkennbar, wobei die Menschewiki, wie Stellungnahmen von Abramowitsch, Dalin und Dan zeigen, wenn auch nicht uneingeschränkt, diese Einschätzung teilten.¹³ Prominente Vertreter dieser Position in der deutschen Sozialdemokratie waren Karl Kautsky, Artur Crispian und Otto Wels. Die hier erkennbare Tendenz verschärfte sich nach 1929, woran die Strategie Stalins, der Komintern und der KPD in Deutschland sowie die Entwicklung in Russland erheblichen Anteil hatte.

Bevor wir die sozialdemokratische Linie weiterverfolgen, sei die Strategie der KPD näher in den Blick genommen.

Erste Ausformungen der kommunistischen der Sozialfaschismus-»Theorie«

Leonid Luks hat in seiner Untersuchung der Faschismusanalysen der Komintern gezeigt, dass paradoxerweise zu Beginn der Zwanzigerjahre auch von einigen Kominterntheoretikern eine Totalitarismustheorie vertreten wurde.¹⁴ So schrieb ein kommunistischer Autor, der sich des Kürzels »P.O.-i« bediente, im November 1922: »Der Faschismus und der Bolschewismus haben gemeinsame Kampfmethoden. Beiden ist es gleichgültig, ob die eine oder andere Handlung gesetzlich oder ungesetzlich, demokratisch oder nicht demokratisch [...] ist. Sie gehen auf ihr Ziel los, treten Gesetze mit Füßen [...] und unterordnen alles ihrer Aufgabe. [...] Zweifellos schweben viele von den russischen Bolschewiki eingeführten Neu-

schon der Tag. Antifaschismus. Geschichte und Neubewertung. Hrsg. v. Claudia Keller und der literaturWERKstatt Berlin, Berlin 1996, S. 92–103.

¹³ Vgl. Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten (Anm. 4), S. 50–52.

¹⁴ Siehe Luks, Leonid: Kommunistische Faschismusanalyse in KPD und Komintern, in: Grebing/Kinner: Arbeiterbewegung und Faschismus (Anm. 3), S. 78–93; ders.: Einsichten und Fehleinschätzungen: Faschismusanalyse der Komintern 1921–1928, in: Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus. Geschichte und Neubewertung. Hrsg. von Claudia Keller und der literaturWERKstatt Berlin, Berlin 1996, S. 77–92.

erungen wie Bakterien in der Luft und werden willkürlich von den schlimmsten Feinden Russlands nachgeahmt.«¹⁵ Die gemeinsame Verachtung der Rechtsstaatlichkeit ist sicherlich zutreffend gesehen. In ähnlicher Weise wie der genannte Autor äußert sich auch Nikolaj Bucharin: »Es ist charakteristisch für die Kampfmethoden der Faschisten, dass sie sich mehr als irgendeine andere Partei die Erfahrung der Russischen Revolution zunutze gemacht haben. Wenn man sie formal, das heißt vom Standpunkt der Technik ihres politischen Vorgehens, betrachtet, entdeckt man darin bei ihnen eine genaue Kopie der bolschewistischen Taktik, wie zum Beispiel die schnelle Konzentrierung der Kräfte, die Schaffung einer kraftvollen Militärorganisation, die erbarmungslose Vernichtung des Gegners, sobald es nötig ist und die Umstände es erfordern.«¹⁶ Diese Einschätzung, die man aus heutiger Sicht als nur teilweise zutreffend bezeichnen wird (zwar lehnten Faschisten und Nationalsozialisten die bisherige Ordnung radikal ab, warben aber doch auch um die Träger der alten Staatsgewalt bzw. die alten Eliten), so ist diese Annahme von gleichen Methoden doch aufschlussreich für den Politik-Begriff mancher Kommunisten.

Gab es in der Komintern anfangs teilweise durchaus ein Bewusstsein vor der Gefahr durch eine rechtsextreme antimarxistische »faschistische« Massenbewegung, so wurde der Begriff »Faschismus« seit 1923 immer häufiger auf beliebige Gegner der Kommunisten übertragen. Am 3. November 1923, nach der Oktoberniederlage der deutschen Kommunisten, erklärte die KPD-Führung unter Brandler und Thalheimer, dass der »faschistische« General Hans von Seeckt im Auftrag der »faschistischen« Großbourgeoisie die bürgerliche Demokratie in Deutschland besiegt habe.¹⁷ Grigori Sinowjew, der Vorsitzende der Komintern, wollte gar im November 1923 in den demokratischen deutschen Parteien, vor allem auch der SPD, nur Teile des regierenden »faschistischen Blocks« in Deutschland sehen: »Nicht nur Seeckt, sondern auch Ebert und Noske sind verschiedene Spielarten des Faschismus.«¹⁸

Auf der 13. Parteikonferenz der Bolschewiki im Januar 1924 attackierte Sinowjew die Sozialdemokraten gar mit den Worten: »Wenn die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist, dann muss man sie an der Kehle packen, dann muss man auf jede Verhandlung mit ihren Spitzen verzichten [...]. Worin besteht das Neue in der internationalen Arbeiterbewegung? Darin, dass

¹⁵ P.O.-i.: Der Faschismus, in: Kommunistische Internationale vom 1. November 1922, S. 88 zitiert nach Luks: Einsichten und Fehleinschätzungen (Anm. 14), S. 98.

¹⁶ Zitiert nach ebenda, S. 83.

¹⁷ Die Stellung der Kommunistischen Partei Deutschlands zur gegenwärtigen Lage in Deutschland, in: Internationale Pressekorrespondenz vom 7. November 1923, S. 1457 f.

¹⁸ Sinowjew, Grigori: Der Deutsche Koltschak, in: Internationale Pressekorrespondenz vom 20. Dezember 1923, S. 1540.

die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist.«¹⁹ Auch der V. Kongress der Komintern im Juni 1924 bezeichnete die Sozialdemokratie als »linken Flügel des Faschismus«²⁰ – eine Einschätzung, die für die Sozialdemokratie ebenso unsinnig war wie für den Faschismus. Auch Stalin kennzeichnete 1924 die Sozialdemokratie als »gemäßigten Flügel des Faschismus«; Sozialdemokraten waren aus seiner Sicht »Zwillingsbrüder der Faschisten«.²¹ Selbst wenn es noch Unklarheiten über das Wesen des Faschismus gegeben haben mag, so ist die diffamierende Tendenz gegenüber der Sozialdemokratie offensichtlich.

In den folgenden Jahren trat diese These in der Komintern zurück, während wieder stärker über die Frage rechtsextremer Massenbewegungen gesprochen wurde.²² 1928/29 jedoch veränderte sich die Situation erneut. Jetzt entwickelte die Komintern die Sozialfaschismus-These. Nun avancierte die Sozialdemokratie zum Hauptfeind, verbunden damit war der Kampf gegen die parlamentarische Republik und für die Diktatur des Proletariats, Ziel war die Schaffung Sowjetdeutschlands.

Das ZK der KPD erklärte 1929 die Sozialdemokraten zu sozialfaschistischen Agenten, die Sozialdemokratie war – so formulierte die *Rote Fahne*, das Zentralorgan der KPD, am 13. April 1929 – »der breite Sturmbock des Faschismus und des Imperialismus«.²³ Weitere Beispiele lassen sich nennen. Die Hauptstoßkraft sollte gegen den Faschismus, sowohl gegen den National- als auch den Sozialfaschismus gerichtet werden, hieß es 1930 und dieser Linie blieb die KPD, abgesehen von einer kurzen Phase im Frühjahr 1932, als eine taktische Variante vorgezogen wurde, in völliger Verkennung der Konstellation bis in das Jahr 1933 treu. Die XII. Tagung des Exekutivkomitees der Komintern ging im August 1932 von einer raschen Zuspitzung der revolutionären Krise aus und – so der DDR-Historiker Klaus Kinner 1989 – »orientierte auf die Brechung des Einflusses der sozialdemokratischen Führung als vordringliche Aufgabe«.²⁴ Im Oktober 1932 bekräftigte die Parteikonferenz, der Hauptschlag sei gegen die Sozialdemokratie, »diese Hauptstütze der Bourgeoisie« zu führen.²⁵ Zwei Tage vor der NS-Machtübernahme, das heißt am 28. Januar 1933, hat ein Rundschreiben an die Funktionäre noch einmal diese Linie akzentuiert.

Dieser Einschätzung entsprach auch die konkrete Politik der KPD. Erinnert sei an die Gewerkschaftspolitik, an die – unmittelbar von Stalin veranlasste – Un-

¹⁹ In: Internationale Pressekorrespondenz vom 4. Februar 1924, S. 170.

²⁰ Luks: Einsichten und Fehleinschätzungen (Anm. 14), S. 88.

²¹ Stalin, Josef W.: Werke, Berlin (Ost) 1952, Bd. 6, S. 253.

²² Siehe Luks: Einsichten und Fehleinschätzungen (Anm. 14), S. 88 f.

²³ Zitiert nach Weber, Hermann: Der deutsche Kommunismus, Köln 1963, S. 183. Vgl. Ders.: »Hauptfeind Sozialdemokratie« (Anm. 2), S. 26–28.

²⁴ Kinner, Klaus: Imperialismustheorie und Faschismusanalyse (Anm. 3), S. 68.

²⁵ Zitiert nach Weber: »Hauptfeind Sozialdemokratie« (Anm. 2), S. 33.

terstützung des von der Rechten angestrebten Volksentscheides in Preußen im August 1931, an den Berliner Verkehrsarbeiterstreik im November 1932.

Selbst im Mai 1933 blieb das ZK der KPD bei der Behauptung, die SPD sei die »soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur«, und noch Ende 1933 schrieb KPD-Führer Fritz Heckert, der Kampf müsse gegen die SPD geführt werden; sie sei »auch heute noch die Hauptstütze, bis wir sie isoliert und die Partei zertrümmert haben«.²⁶

Diese Strategie, die die historische Konstellation völlig verkannte, ist nur schwer zu erklären. Sicherlich wurde die KPD, die mit ihrem Putschismus den Rechtsstaat schon in den frühen Zwanzigerjahren herausgefordert hatte, vom Weimarer Staat bekämpft. Doch wird man Hermann Weber wohl zustimmen müssen, wenn er darin nicht die eigentliche Ursache für die verhängnisvolle Gleichsetzung von Demokratie und Faschismus sieht, obgleich er einräumt, dass das Verhalten der staatlichen Organe die Durchsetzung dieser Linie erleichtert habe.²⁷ Wesentliche Ursachen wird man vielmehr mit Weber in Moskau sehen müssen, wo die Durchsetzung der Politik Stalins, seine rücksichtslose Politik gegen andere Traditionen, auch die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Industrialisierung, Erwägungen zugunsten der kommunistischen Arbeiterbewegung in Deutschland den Vorrang gab. Im Übrigen hat für die kommunistische Strategie eine durch eine dichotomische Weltsicht verzerrte Wahrnehmung der Realität eine Rolle gespielt, die durch ideologische Argumentationen zusätzlich begründet wurde.

Sozialdemokratische Gleichsetzungen von Bolschewismus und Faschismus

Die Entwicklung in der Sowjetunion wurde von der Sozialdemokratie und der SAI – unter nicht unwesentlicher Beteiligung der Menschewiki, »die bis 1933 als eine Art »Brain trust« für die entschieden antibolschewistische Russlandpolitik der deutschen Sozialdemokratie« bildete²⁸ – mehr oder weniger aufmerksam verfolgt und teilweise zum politischen Argument gegen die Kommunisten, nicht zuletzt gegen die KPD gemacht.

Entsetzt waren die Sozialdemokraten über die Brutalität, mit der Stalin den neuen Kurs durchsetzte. Die massenhaften Hinrichtungen erreichten ein seit dem Bür-

²⁶ Heckert, Fritz: Ist die Sozialdemokratie noch die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie?, Basel 1933, S. 15. Siehe auch Weber: »Hauptfeind Sozialdemokratie« (Anm. 2), S. 27.

²⁷ Siehe Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. 2 Bde, Frankfurt a. M. 1969; ders.: »Hauptfeind Sozialdemokratie« (Anm. 2), S. 34.

²⁸ Schlögel: Berlin Ostbahnhof Europas (Anm. 5), S. 89. Vgl. auch Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten (Anm. 4), S. 126–128.

gerkrieg nicht mehr festgestelltes Ausmaß. Sehr kritisch gesehen wurde auch die Absetzung des Gewerkschaftsvorsitzenden Tomski. Die Sozialdemokratische Parteikorrespondenz kommentierte am 7. Juli 1929: »Die Entartung der Parteidiktatur in die persönliche Diktatur des russischen Duce [womit auf die zunehmende Führerrolle und den beginnenden Stalin-Kult und seine phänomenologische Ähnlichkeit mit dem faschistischen Führertum angespielt wurde; B. F.] führte unvermeidlich zum Verlust des letzten Schattens von Gewerkschaftsautonomie.«²⁹

Der rechte Flügel der Menschewiki schlug in dieser Phase der SAI eine planmäßige Kampagne gegen Terror, religiöse Verfolgungen, die Unterdrückung der Arbeiter, gegen das gesamte System der bolschewistischen Diktatur und ihrer Politik der utopischen Experimente vor. Doch wollte die Mehrheit der Menschewiki mehr von Fall zu Fall Kritik üben. Auch ist nicht zu verkennen, dass mancherorts das russische Experiment auch in Teilen der Sozialdemokratie und der SAI noch mit gewissem Wohlwollen gesehen wurde, so dass eine derartige Kampagne nicht zustande kam.³⁰

In der deutschen Sozialdemokratie erhoben sich in dieser Phase freilich Stimmen, die entschieden das bolschewistische System kritisierten und Affinitäten zwischen dem Bolschewismus und dem Faschismus glaubten feststellen zu können. Ein wichtiger Repräsentant dieser Kritik war nach wie vor Karl Kautsky, der 1930 das Buch publizierte *Der Bolschewismus in der Sackgasse*.³¹ Seine Maßstäbe bei der Beurteilung politisch-gesellschaftlicher Systeme waren politische Freiheit, bürgerliche Rechte, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit für alle, Mehrparteiensystem und Organisationsfreiheit für das Proletariat und die arbeitenden Schichten. Kautsky ging in seiner Kritik über die Warnung vor einer bonapartistischen Diktatur als Deformation der kommunistischen Diktatur hinaus, indem er kommunistische und faschistische Diktatur gleichsetzte. »Der Faschismus« – so schrieb er – »ist aber nichts als das Gegenstück des Bolschewismus, Mussolini nur der Affe Lenins.«³²

Auf diesem Hintergrund plädierte er für eine Strategie, die ähnlich der des rechten Flügels der Menschewiki war. Er forderte ein Bündnis zwischen Arbeitern, demokratisch und sozialistisch gesinnten Intellektuellen und Bauern, das aus seiner Sicht unbedingt nötig war, um den von ihm erwarteten Aufstand in die richtige Richtung zu lenken. Insgesamt gesehen war die Betonung der Verwandtschaft von Bolschewismus und Faschismus durch Kautsky bedeutsam für die Einschätzung beider Phänomene in der deutschen Sozialdemokratie der frühen Dreißigerjahre.

²⁹ Die Stalinisierung der russischen Gewerkschaften, in: Sozialdemokratische Parteikorrespondenz Nr. 7 vom Juli 1929.

³⁰ Siehe dazu Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten (Anm. 4), S. 262–264.

³¹ Kautsky, Karl: *Der Bolschewismus in der Sackgasse*, Berlin 1930.

³² Ebenda, S. 102. Eine Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus findet sich auch bei Ders.: *Demokratie oder Diktatur*, Berlin 1920.

Zweifellos wurde die negative Einschätzung der Entwicklung in Russland verstärkt durch bestimmte Ereignisse wie den so genannten Menschewisten-Prozess in Moskau im November/Dezember 1930, in dem laut Anklageschrift als eigentliche Angeklagte nicht die vor Gericht stehenden Ingenieure, sondern Otto Wels, Fritz Adler und Rudolf Hilferding zu betrachten waren. Die Sozialdemokratie wehrte sich verständlicherweise gegen die nur auf dem Hintergrund der Stalinischen Strategie gegen die Sozialdemokratie erklärbare Attacke. Unter anderem veranstaltete sie Anfang März 1931 eine Großkundgebung im Sportpalast unter dem Motto »Gegen Gewalt und Justizmord«, die sich gegen Bolschewismus und Faschismus gleichermaßen richtete.³³ Auf der von mehr als 20 000 Menschen besuchten Kundgebung sprachen Pietro Nenni und Raphael Abramowitsch, wobei letzter den Menschewisten-Prozess thematisierte. Otto Wels, der SPD-Parteivorsitzende, hob in seiner Eröffnungsrede hervor, dass faschistische und bolschewistische Diktatur, die viele Berührungspunkte aufwiesen, gemeinsam auf der Anklagebank des internationalen Proletariats saßen. Und Abramowitsch formulierte: »In dem Augenblick, wo die internationale Arbeiterklasse im Entscheidungskampf gegen den Faschismus steht und mehr denn je ihre ganze Energie, ihre ganze Konzentrationsfähigkeit braucht, springt der Bolschewismus diesem seinem Verbündeten bei und spaltet die Arbeiterklasse durch diesen unglückseligen verhängnisvollen Prozess.«³⁴ Keine Frage, dass der Menschewisten-Prozess – wie Zarusky feststellt³⁵ – der »vorläufige Höhepunkt der 1928 begonnenen verschärften Kampagne gegen die Sozialdemokratie« war, auf die die Sozialdemokratie ihrerseits mit Gegenangriffen antwortete, bei denen die bolschewistische und faschistische Diktatur eng aneinander rückte.

Auf dem Leipziger Parteitag der SPD 1931 war die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus eine der zentralen Fragen. Der Wahlerfolg der Nationalsozialisten im September 1930 zwang die Sozialdemokraten, dieses Thema aufzugreifen. Bei der Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten, die für die SPD – anders als für die KPD – klar Vorrang hatte, tauchte irgendwo stets auch die Frage des Verhältnisses zur KPD auf, und sie wurde durchweg ebenfalls im Sinne einer Gegnerschaft beantwortet. So machte Otto Wels in seiner Eröffnungsrede zwischen Bolschewismus und Faschismus keinen großen Unterschied; sie waren für ihn »Brüder«.³⁶ Und auch in Rudolf Breitscheids großer Rede zur Frage der Überwindung des Faschismus, in der er nach den Ursachen des NS fragte und eine Strategie

³³ Siehe Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten (Anm. 4), S. 268–270.

³⁴ Zitiert nach ebenda, S. 273.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931 vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus, Leipzig 1931, S. 19.

zu seiner Bekämpfung zu entwickeln versuchte, wurden bolschewistische und faschistische Diktatur in einer wichtigen Passage miteinander verglichen.³⁷

Breitscheid verstand unter Faschismus eine Staatsform oder die Bewegung zu einer Staatsform, die im Gegensatz zur Demokratie die oberste Gewalt im Staate und das Recht zu politischer Willensbildung nicht der Gesamtheit der gleichberechtigten Staatsbürger, sondern einem einzelnen oder einer bevorzugten Minderheit zuerkennt. Auch in der Diktatur des Proletariats in Russland war aus Breitscheids Sicht eine freie politische Willensbildung der Gesamtheit der Staatsbürger nicht gegeben, ja nicht einmal die der Gesamtheit des Proletariats oder des zu einer Parteiorganisation zusammengefassten Teils des Proletariats; tatsächlich herrsche eine privilegierte Minderheit. Breitscheid konstatierte deshalb: »Von der staatsrechtlichen Wirkung aus gesehen gibt es [...] keinen Unterschied zwischen Moskau und Rom.« In diesem Kontext bezeichnete es der Sozialdemokrat als keineswegs zufällig, »dass die Regierungen Stalins und Mussolinis in verhältnismäßiger Freundschaft miteinander leben«, eine Freundschaft, die zum Teil darauf zurückzuführen sei, »dass hier Regierungsformen bestehen, die im Grunde von derselben Idee, wenn auch mit anderen Vorzeichen getragen sind«. Die Differenz liege nur in den Klassen, die auf der einen oder anderen Seite die Herrschenden stützen, und in ihrer Zielsetzung: Während in Russland die Demokratie im Namen der Arbeiterklasse bekämpft werde, wende sich der Faschismus »gegen die Demokratie – ausgesprochen oder nicht – im Interesse der Erhaltung des Kapitalismus«.³⁸ Für die Sozialdemokratie war die Demokratie unbedingt zu verteidigen. Faschismus und Bolschewismus erschienen gleichermaßen als Feinde der Demokratie.

Erwähnt werden sollte an dieser Stelle, dass menschewistische Emigranten, insbesondere der unter dem Pseudonym Georg Decker schreibende Juri Petrowitsch Denicke und Alexander Schifrin wesentliche Beiträge zur sozialdemokratischen Diskussion über die Ursachen des Erfolgs der Nationalsozialisten beisteuerten, in denen der hier angesprochene Zusammenhang jedoch meist nur am Rande vorkam.³⁹ Schifrin, der dem Kampf gegen den Nationalsozialismus absolute Priorität einräumte und darauf die SPD zu orientieren suchte, sprach 1930 von einem Sperrfeuer, dass NSDAP, KPD und Zentrum um die Sozialdemokratie gelegt hätten und die Sozialdemokratie auf sich selbst verweise.⁴⁰ Im Übrigen konstatierte er, dass die NSDAP von der Verhetzung der Wählerschaft durch die KPD profitiere, so dass die Gefahr bestünde, dass das Dritte Reich und Sowjetdeutschland als mas-

³⁷ Rudolf Breitscheids Rede »Die Überwindung des Faschismus« vom 2. Juni 1931 auf dem Parteitag der SPD in Leipzig. Wieder abgedruckt in: Luthardt: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung (Anm. 6), Bd. 4, S. 326–354.

³⁸ Ebenda, S. 327 f.

³⁹ Vgl. die Beiträge von Decker: Das unbekannte Volk (Anm. 6) und Schifrin: Parteiprobleme nach den Wahlen (Anm. 6).

⁴⁰ Schifrin: Parteiprobleme nach den Wahlen (Anm. 6), S. 303–305.

senpsychologische Koordinaten fungierten. Keine Frage, dass in der Ablehnung von Weimar die Angriffe von NSDAP und KPD kumulierten und den Abwehrkampf der Sozialdemokratie erschwerten. Zugleich aber wollte Schiffrin bei Ähnlichkeit von Struktur und Technik von bolschewistischer und faschistischer Diktatur doch eine unterschiedliche Stellung und Funktion der beiden Diktaturen annehmen: realisierte sie in dem einen Fall die sozialistische Revolution, so war die andere »nur eine Form des politischen Überbaus des Kapitalismus«.

Selbstverständlich hat die Sozialdemokratie gemeinsame Aktionen bzw. die partielle Zusammenarbeit bei ansonsten vorherrschender scharfer Gegensätzlichkeit von KPD und NSDAP heftig kritisiert. Otto Wels etwa geißelte die Beteiligung der Kommunisten am Volksentscheid der so genannten. »Nationalen Opposition« über die Auflösung des preußischen Landtages, bei der kommunistische Arbeiter neben »Hakenkreuzbanditen« vor den Wahllokalen gestanden hätten.⁴¹ Nach der Reichspräsidentenwahl 1932 beschuldigte Wels die Kommunisten, im zweiten Wahlgang in erheblicher Zahl für Hitler gestimmt zu haben. Die hier erkennbare scharfe Frontstellung gegen Nationalsozialisten und Kommunisten zeichnete auch die Kundgebungen des Reichsbanners und der Eisernen Front aus.

Den Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten angesichts des Vordringens der NS-Bewegung zu überwinden gelang nicht. Sowohl Versuche von Breitscheid und Stampfer, Ende 1931 zu einem Defensivbündnis zu kommen, als auch Kontakte der SPD über die sowjetische Botschaft im Herbst 1932 blieben ergebnislos.⁴² Erst seit 1935 trat diese Strategie der Komintern in den Hintergrund. Der Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten wurde aber selbst in Widerstand und Exil nur sehr bedingt überwunden und brach in der Nachkriegszeit – im Zeichen des Ost-West-Konfliktes – erneut aus.

Zusammenfassung

Resümierend lässt sich zur Rolle der Frühformen der Totalitarismustheorie auf der einen Seite und der Sozialfaschismusthese auf der anderen Seite im Kontext der Weimarer Zeit Folgendes feststellen: Die Scheidelinie zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Deutschland war aus sozialdemokratischer Sicht in erster Linie die Frage der Bejahung oder Verneinung der Demokratie mit parlamentarischem System, mehreren Parteien, Grundrechten usw. Jenseits der Scheidelinie befanden sich dabei nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Faschisten/Nationalsozialisten, die tatsächlich beide die Weimarer Republik mit

⁴¹ Siehe dazu Adolph, Hans A. J.: Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939, Berlin 1971, S. 226–228.

⁴² Vgl. dazu Winkler: Arbeiter und Arbeiterbewegung (Anm. 12).

allen Mitteln – punktuell auch in Zusammenarbeit – bekämpften. Dies war der Hintergrund für die Entstehung von Interpretationen, die faschistisches und bolschewistisches System eng aneinander rückten, ohne dass freilich Affinitäten und Beziehungen genauer gefasst wurden. Allerdings war diese Totalitarismus-»Theorie« noch nicht sehr ausgearbeitet; in elaborierter Form wurde sie erst nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet. Trotz mancher Grenzen dieser Theorie, die seit den Sechzigerjahren betont worden sind, wird man insbesondere hinsichtlich des Herrschaftssystems und der Herrschaftstechnik, auch der gemeinsamen Feindschaft gegen Demokratie und offene Gesellschaft Affinitäten zwischen kommunistisch-stalinistischen und faschistischen Systemen annehmen, die einen Vergleich sinnvoll und die Totalitarismus-»Theorie« heuristisch bedeutsam erscheinen lassen, auch wenn daneben beträchtliche ideologische und gesellschaftliche Gegensätze nicht zu übersehen sind und selbst die Herrschaftssysteme signifikante Unterschiede aufweisen.

Die Verteidigung der parlamentarischen Demokratie wurde den Sozialdemokraten von den Kommunisten umgekehrt negativ angelastet, was die sozialdemokratische Sicht indirekt bestätigt. Die Sozialdemokraten zugleich jedoch als Sozialfaschisten zu bezeichnen, war auch aus der Sicht der Zeitgenossen kaum nachvollziehbar. Gemeint war, dass Sozialdemokraten wie Faschisten die Funktion ausübten, die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft mit Gewaltmitteln zu verteidigen, was im Hinblick auf beide in Programm und Zielsetzung sehr gegensätzlichen Parteien abwegig war.

Auf jeden Fall war die Strategie Stalins und der Komintern, den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie zu führen, politisch unsinnig. Sie hatte ungeachtet der Totalitarismus-»Theorie« der Sozialdemokratie in deren Strategie keine Entsprechung; für die Sozialdemokraten hatte der Kampf gegen die Nazis eindeutig Vorrang. Die kommunistische Strategie in Deutschland resultierte aus einem ausgesprochenen Voluntarismus und war stark geprägt durch Kalküle und Interessen Stalins und der Führung in Moskau. Sie nützte Hitler und seiner nationalsozialistischen Bewegung. Sie war allerdings nicht nur Ausdruck einer grotesken Fehleinschätzung der Lage in Deutschland durch Stalin, die Komintern und die KPD-Führung. Hinter der Sozialfaschismus-These stand keineswegs nur eine falsche Strategie; sie war vielmehr zugleich Ausdruck der Ablehnung von Demokratie.

Die Beschäftigung mit der Geschichte von Totalitarismus- und Faschismus-»Theorien« lässt erkennen, dass Ansätze zu derartigen Theoriebildungen in konkreten historisch-politischen Kontexten zu betrachten sind. Gerade dies aber ermöglicht Aussagen über ihren Realitätsgehalt und ihre konkrete Funktion. Die hier skizzierten beiden Varianten lassen dabei die Spannweite des Möglichen erkennen. Zugleich sind sie aufschlussreich für Politikbegriffe und Wertorientierungen.